

Schulreferendum (12. Dezember 1948)

Die Frage nach der Konfessionsschule war eine zentrale Frage in der Politik der Nachkriegszeit des Landes Württemberg-Hohenzollern. Es gab viele Schulen, die bis dahin nur von katholischen bzw. evangelischen Schülern besucht wurden.

Arbeite den Inhalt, die Positionen der Parteien und Kirchen und das Ergebnis des Schulreferendums heraus.

Beurteile die Bedeutung der Konfessionsschule aus heutiger Sicht.

Jean Gonnet, der französische Gouverneur des Kreises Balingen, berichtet:

„Die durch die Volksabstimmung vom 18. Mai 1947 angenommene Verfassung [des Landes Württemberg-Hohenzollern], die auf christdemokratische Vorstellungen zurückgeht, legt fest, dass die Grundschulen christliche Schulen sein sollen und gesteht den Eltern das Recht zu, die jeweilige Konfession für jede von ihnen zu bestimmen. In Anwendung dieses doppelten Prinzips führt das Schulgesetz aus, dass die christlichen Schulen entweder konfessionell gebunden oder gemischtkonfessionell sein können. Im ersten Fall werden die Schüler nach Konfessionen getrennt und von Lehrern der gleichen Konfession unterrichtet. Im zweiten Fall bleiben die Schüler der beiden Konfessionen zusammen und werden ohne Unterschied von katholischen und protestantischen Lehrern betreut. Das gleiche Gesetz schreibt im Übrigen vor, dass der durch die Abstimmung zum Ausdruck gebrachte Wille der Eltern die Art der Schule in jedem Schulbezirk bestimmt und gesteht ihnen so viele Stimmen zu, wie sie Kinder im schulpflichtigen Alter haben.

Die Frage der Konfessionsschule, die die Christdemokraten zum wichtigsten Programmpunkt, wenn nicht gar zum Grundprinzip ihrer Parteidoktrin gemacht haben, hat bereits in der Beratenden Landesversammlung scharfe Polemiken bei der Ausarbeitung des Verfassungsvorschlags hervorgerufen und die CDU in Opposition zu KPD und DVP gebracht. Diese Frage ist es auch, über die sich bei der Volksabstimmung im Mai 1947 die Stimmen der SPD spalteten und weswegen ein gewisser Teil der protestantischen Wähler von der CDU zur DVP überlief. Die neue Volksbefragung musste die Diskussion unweigerlich wiederaufleben lassen. Obwohl sich diesmal die Debatte nur auf die Eltern beschränkte, nahmen die Parteien sie dennoch zum Anlass, ihre Angriffe gegen das dahinterstehende Prinzip zu wiederholen.

Wie immer kompromisslos in ihren Auffassungen, lehnen die Kommunisten schon den Begriff »christliche Schule« ab, ob konfessionell oder gemischt-konfessionell, und wollen nur die laizistische Schule zulassen, die es den Eltern anheimstellt, ihre Kinder außerhalb der Schule ihre Religion praktizieren zu lassen oder auch nicht. Die Sozialdemokraten und die Demokraten teilen diese Meinung. Erstere finden, dass die Kosten des Religionsunterrichts nicht auf die Gemeinschaft abgewälzt werden dürfen, sondern nur auf die Eltern, die ihre Kinder daran teilnehmen lassen wollen. Die DVP verweist auf ihre liberalen Prinzipien wie auch auf finanzielle Probleme und macht zum einen darauf aufmerksam, dass die Konfessionsschule den großen Nachteil habe, die Kinder schon im frühesten Alter in zwei unversöhnliche, feindliche Lager zu spalten. Zum anderen weist sie darauf hin, dass die Konfessionsschule eine Verdoppelung der Lehrer- und Klassenzahl nötig mache, was eine erhebliche Belastung des Landeshaushalts bedeute, der bereits defizitär sei und ohne Steuererhöhungen eine solche Belastung nicht aushalten werde. Nicht ohne Grund fügen sie hinzu, dass der Lehrkörper durch die Entnazifizierungsmaßnahmen schon stark reduziert und nicht in der Lage sei, die durch die Verdoppelung der Klassen entstehende Bürde zu tragen.

All diese Argumente hinterlassen auch bei den Christdemokraten ihre Spuren. Dennoch steht die Frage der christlichen Schule bei ihnen nicht zur Debatte: Sie ist ein Dogma ihrer Doktrin, eine [absolute] Wahrheit, die keinen Widerspruch erlaubt.

45 Aber da sie unter dem Einfluss ihrer Geistlichkeit stehen, folgen sie mehr oder minder bewusst deren Weisungen. Aber der Zufall will es, dass die protestantischen Pfarrer und die katholischen Priester sich zwar über die Notwendigkeit der christlichen Schule einig sind, ihre Meinungen über die konfessionelle und gemischtkonfessionelle Form jedoch auseinandergehen. Liberaler eingestellt und einen Mangel an protestantischen Lehrern fürchtend, plädieren erstere für die gemeinsame Schule. Völlig kompromisslos fordern 50 letztere die Trennung der beiden Konfessionen im Unterricht. »Es ist höchste Zeit«, erklärt der Priester einer der größten Pfarreien des Kreises, »dass wir unsere katholischen Schüler in die Hand nehmen, weil sie sich derzeit selbst überlassen bleiben und sie mehr und mehr dazu neigen, ihre religiösen Pflichten zu vernachlässigen«.

55 Was die Lehrerschaft anbetrifft, die es in erster Linie angeht, so spricht sie sich geschlossen gegen die Konfessionsschule aus, indem sie die gleichen Argumente vorbringt wie die DVP, denen sie noch hinzufügt, dass eine solche Schulform in Nordwürttemberg nicht existiere, und dass ihre Einführung in Südwürttemberg 60 Komplikationen jeglicher Art beim Zusammenschluss beider Regionen schaffen werde.

Trotz der Polemiken verläuft das Schulreferendum sehr ruhig und sein Ergebnis ergibt eine Mehrheit für die Konfessionsschule:

- Stimmen insgesamt: 27.704
- 65 • Gültige Stimmen: 19.539
- Für die katholische Schule: 5.678
- Für die evangelische Schule: 5.696
- Insgesamt für die Konfessionsschule: 11.374
- Für die gemischtkonfessionelle Schule: 8.165

70 Die Statistik zeigt, dass in den katholischen Gemeinden Einstimmigkeit über die Trennung der beiden Konfessionen besteht, während in den evangelischen Gemeinden die Stimmen zwar geteilt sind, die überwiegende Mehrheit sich aber für die klügere Lösung der christlichen Gemeinschaftsschule entschieden hat.

75 Die Abstimmung hat die Bildung folgender Schulen im Landkreis zur Folge:

21 katholische Grundschulen in: Balingen — Binsdorf — Dautmergen — Dormettingen — Dotternhausen — Ebingen — Erlaheim — Geislingen — Hausen — Lautlingen — Margrethausen — Nusplingen (2) — Obernheim — Ratshausen — Roßwangen — 80 Schömberg — Tailfingen — Unterdigisheim — Weilen — Zimmern;

16 protestantische Grundschulen in: Bickelsberg — Bitz — Brittheim — Burgfelden Ebingen — Engstlatt — Hossingen — Isingen — Leidringen — Meßstetten — Oberdigisheim — Pfeffingen — Täbingen — Tailfingen — Truchtelfingen — Winterlingen; 85

15 gemischtkonfessionelle Schulen in: Balingen — Heselwangen — Ebingen — Endingen — Erzingen — Frommem — Laufen — Onstmettingen — Ostdorf — Rosenfeld — Stockenhausen — Streichen — Tieringen — Weilstetten — Zillhausen. 90 Dadurch steigt die Zahl der Grundschulen im Landkreis von 45 auf 52.“

Blau-weiß-rot: Leben unter der Trikolore. Die Kreise Balingen und Hechingen in der Nachkriegszeit 1945-59. Hg. v. Landratsamt Zollernalbkreis, bearb. v. Andreas Zekorn. Zollernalb-Profil, Bd. 5, Stuttgart: Thorbecke, 1999, S.160ff.